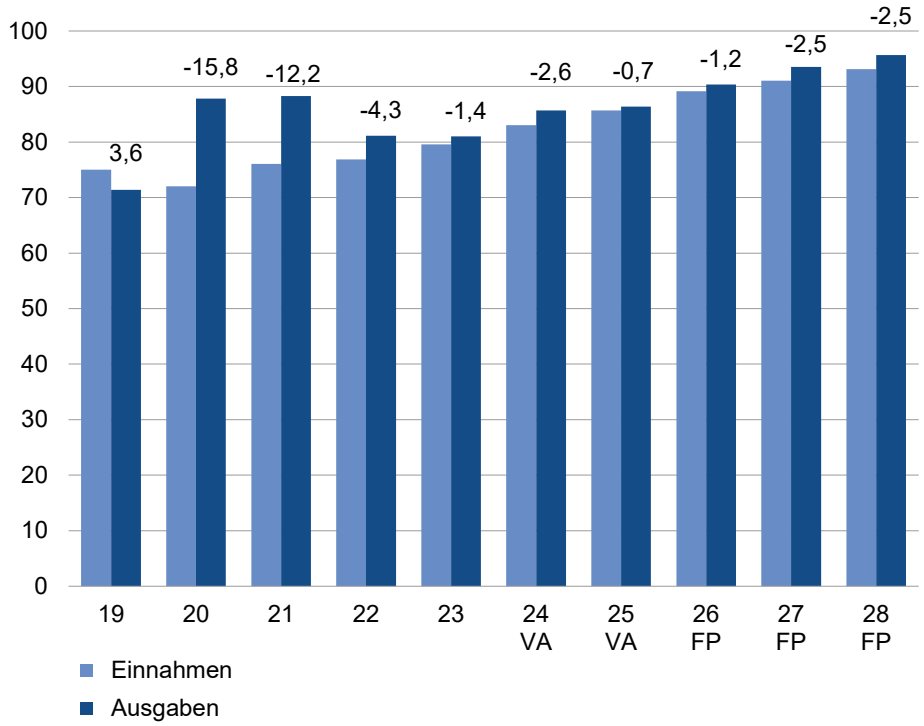
Der Bundeshaushalt im Überblick

VORANSCHLAG 2025

Überblick

Finanzierungssaldo *in Mrd. CHF*



In der **Erfolgsrechnung** resultiert im Voranschlag 2025 ein Gewinn von 1,0 Milliarden. Die laufenden Einnahmen wachsen deutlich stärker als die laufenden Ausgaben (+3,3 % bzw. +1,6 %); die Selbstfinanzierung steigt damit auf 4,2 Milliarden. Weitgehend stabil bleiben dagegen die Abschreibungen und anderen Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens (-3,2 Mrd.). Die **Nettoinvestitionen** (Investitionsausgaben abzüglich Investitionseinnahmen) sinken auf 4,9 Milliarden (-0,5 Mrd.).

Der Finanzierungsbeitrag aus der Erfolgsrechnung – die Selbstfinanzierung (4,2 Mrd.) – reicht nicht aus, um die geplanten Nettoinvestitionen (4,9 Mrd.) vollständig zu finanzieren. Anders formuliert, sind die **Ausgaben** höher als die **Einnahmen**. Für 2025 wird deshalb ein Finanzierungsdefizit von 0,7 Milliarden budgetiert. Das Finanzierungsdefizit 2025 ist in etwa zur Hälfte auf den ordentlichen und den ausserordentlichen Haushalt zurückzuführen.

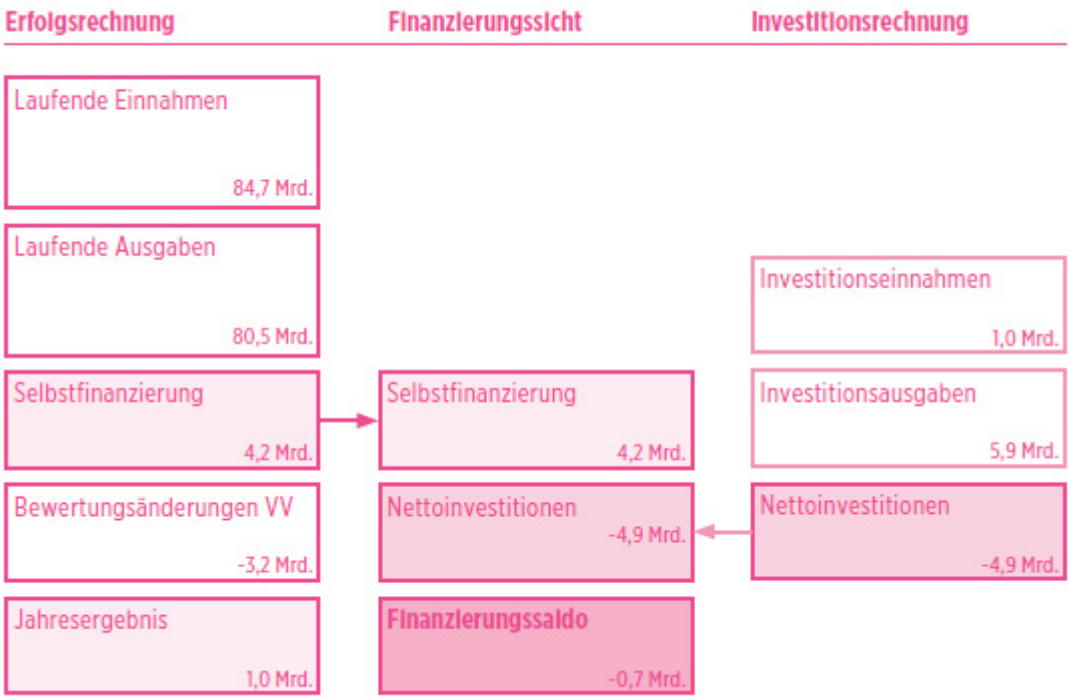
Aufgrund des erwarteten Finanzierungsdefizits werden die **Nettoschulden** im Voranschlag 2025 auf 145,1 Milliarden steigen (+0,7 Mrd.). Die Nettoverschuldung wird auch durch Transaktionen beeinflusst, die nicht über die Erfolgsrechnung, sondern direkt im Eigenkapital verbucht werden. Diese werden jedoch nicht budgetiert.

Die Schweizer Wirtschaft dürfte im Jahr 2025 stärker wachsen als 2024, da sich die Weltwirtschaft allmählich erholt. Die Expertengruppe des Bundes erwartet für 2024 und 2025 ein reales **Wirtschaftswachstum** von 1,2 Prozent und 1,7 Prozent. Die Teuerung dürfte sich weiter normalisieren (2024 / 2025: 1,4 % bzw. 1,1 %). Insgesamt wird mit einem nominalen Wirtschaftswachstum von 2,6 Prozent (2024) und 2,8 Prozent (2025) gerechnet.

Im ordentlichen Haushalt beläuft sich das Finanzierungsdefizit auf 397 Millionen. Damit wird das konjunkturbedingte Defizit, das die Schuldenbremse zulässt (-512 Mio.), nicht ausgeschöpft. Der verbleibende Handlungsspielraum beläuft sich auf 115 Millionen. Die Vorgaben der **Schuldenbremse** werden damit für den Voranschlag 2025 eingehalten. Die strukturellen Finanzierungsdefizite steigen aber ab 2027 deutlich an und erreichen 2,5 Milliarden.

Jahresergebnis und Nettoinvestitionen 2025

Herleitung des Finanzierungssaldos aus Erfolgs- und Investitionsrechnung *in Mrd. CHF*



JAHRESERGEBNIS

Für die Erfolgsrechnung resultiert im Voranschlag 2025 ein Gewinn von 1,0 Milliarden. Für 2024 wurde noch ein Verlust budgetiert (-0,3 Mrd.). Die laufenden Einnahmen wachsen deutlich stärker als die laufenden Ausgaben (+3,3 % bzw. +1,6 %). Der grösste Teil des Einnahmenwachstums stammt aus den grossen Fiskaleinnahmen, namentlich aus der direkten Bundessteuer (Gewinnsteuer +1,0 Mrd.; Einkommenssteuer +0,8 Mrd.) und der Mehrwertsteuer (+0,7 Mrd.).

Das Wachstum der laufenden Ausgaben erklärt sich unter anderem durch die Ausgaben für die soziale Wohlfahrt (+1,1 Mrd.; insb. Ausgaben für AHV, individuelle Prämienverbilligung und Migration), das gedämpft wird durch den temporären Verzicht auf den Beitrag an die Arbeitslosenversicherung. Auch im Aufgabengebiet Finanzen und Steuern steigen die Ausgaben (+0,5 Mrd.; Anteile Dritter an Bundeseinnahmen und Finanzausgleich), trotz sinkenden Ausgaben für die Schuldenbewirtschaftung (-0,2 Mrd.; Passivzinsen).

Entsprechend steigt der Finanzierungsbeitrag aus der Erfolgsrechnung – die Selbstfinanzierung – von 2,9 Milliarden auf 4,2 Milliarden. Weitgehend stabil bleiben dagegen die Bewertungsänderungen des Verwaltungsvermögens (-3,2 Mrd.). Dabei handelt es sich insbesondere um Abschreibungen sowie um Buchgewinne aus den Beteiligungen.

NETTOINVESTITIONEN

Die Nettoinvestitionen sinken 2025 von 5,5 auf 4,9 Milliarden, weil die Investitionsausgaben einen Rückgang von 0,6 Milliarden verzeichnen. Dieser Rückgang ist auf den einmaligen Kapitalzuschuss an die SBB zurückzuführen, der im Voranschlag 2024 geplant ist (1,15 Mrd.). Ohne diesen Sondereffekt steigen die Investitionsausgaben um 0,6 Milliarden an (+10,4 %). Es wird insbesondere mehr in die Rüstung (+0,4 Mrd.), die Strasseninfrastruktur (+0,2 Mrd.) und das Impulsprogramm Heizungsersatz und Energieeffizienz (+0,1 Mrd.) investiert. Im Gegenzug sinken die Investitionsausgaben für das Gebäudeprogramm, die Darlehen an die Immobilienstiftung für internationale Organisationen (FIPOI) und die Entwicklungshilfe.

FINANZIERUNGSSALDO

Im Voranschlagsjahr 2025 reicht die Selbstfinanzierung aus der Erfolgsrechnung (Differenz von laufenden Einnahmen und Ausgaben) nicht aus, um die geplanten Nettoinvestitionen (Differenz von Investitionseinnahmen und -ausgaben) zu finanzieren. Es wird ein Finanzierungsdefizit von 0,7 Milliarden budgetiert.

Der ordentliche Teil des Finanzierungsdefizits beläuft sich auf 397 Millionen. Damit wird das konjunkturbedingte Finanzierungsdefizit, das die Schuldenbremse zulässt (- 512 Mio.), grösstenteils ausgeschöpft, der verbleibenden Handlungsspielraum beläuft sich auf 115 Millionen.

Das Finanzierungsdefizit im ausserordentlichen Haushalt beläuft sich auf 332 Millionen. Die ausserordentlichen Einnahmen werden auf 0,4 Milliarden budgetiert (Sonderzuweisung SNB aus der 6. Banknotenserie: 236 Mio., Sonderdividende RUAG International: 100 Mio.). Auf der Ausgabenseite werden die Beiträge an die Kantone für die Schutzsuchenden aus der Ukraine nur noch teilweise ausserordentlich verbucht (0,7 Mrd. von total 1,2 Mrd.).

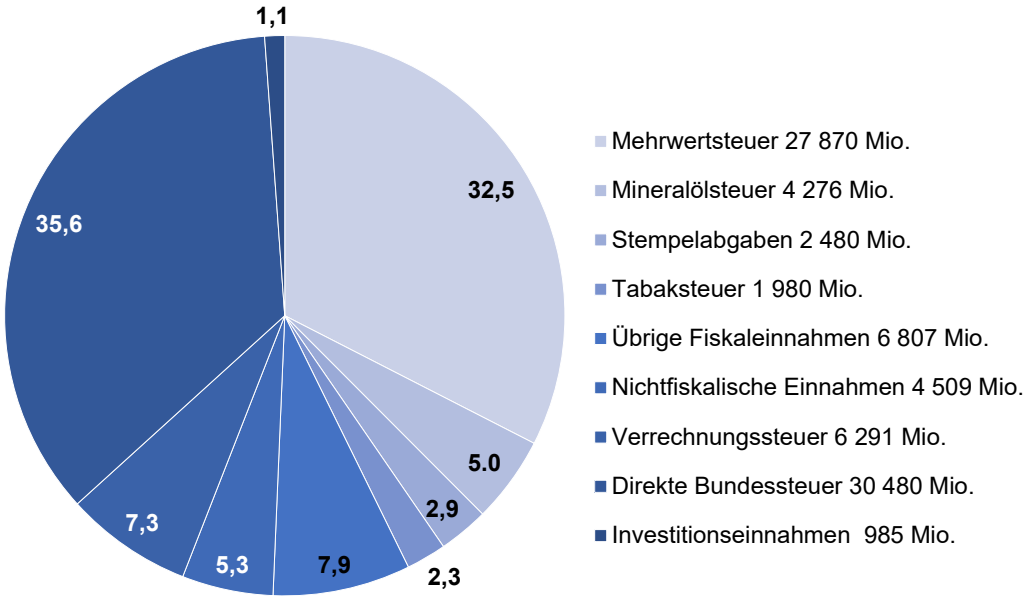
GESAMTINVESTITIONEN BUND

Der Bund tätigt rund die Hälfte seiner Investitionen aus der Bundesrechnung. Die andere Hälfte stammt aus Fonds, welche über den Bundeshaushalt gespeist werden. Für eine Gesamtsicht der Investitionstätigkeit müssen die Investitionen der Fonds mitberücksichtigt werden.

Im Jahr 2025 erreichen die Gesamtinvestitionen 12,2 Milliarden oder rund 14 Prozent der ordentlichen Bundesausgaben. Davon fliessen rund 57 Prozent in Verkehrsinfrastrukturen, teils über den Bahninfrastrukturfonds (BIF), teils über den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF; Anteil Agglomerationsverkehr), teils über die Bundesrechnung (Einlage in den NAF für Nationalstrassenbau). Weitere Mittel werden zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz aus dem Netzzuschlagsfonds (NZF) eingesetzt.

Einnahmen 2025

Anteile *in Prozent*



Mehrwertsteuer: *27 870 Mio.*

Die Mehrwertsteuer macht 32,5 Prozent der Einnahmen aus. Damit ist sie zusammen mit der direkten Bundessteuer die wichtigste Einnahmequelle des Bundes. Besteuert wird der inländische Konsum. Dazu zählt der Bezug von inländischen Gütern und Dienstleistungen, aber auch die Importe. Die Exporte unterliegen nicht der Mehrwertsteuer.

Direkte Bundessteuer: *30 480 Mio.*

Von den Einnahmen entfallen 35,6 Prozent auf die direkte Bundessteuer (DBST). Sie ist mit der Mehrwertsteuer die grösste Einnahme des Bundes. Die DBST wird auf den Einkommen natürlicher Personen und auf dem Reingewinn juristischer Personen erhoben. Einkommens- und Gewinnsteuer haben ungefähr dasselbe Gewicht (48 % resp. 52 % der DBST). Die Einnahmen 2025 stammen überwiegend aus den steuerbaren Einkommen und Gewinnen 2024. Ab 2026 sollten aufgrund der Umsetzung der OECD-Mindestbesteuerung Einnahmen aus der Ergänzungssteuer hinzukommen.

Verrechnungssteuer: *6 291 Mio.*

Der Anteil der Verrechnungssteuer an den Gesamteinnahmen beträgt 7,3 Prozent. Die Verrechnungssteuer ist als Sicherungssteuer für die direkten Steuern konzipiert und soll sicherstellen, dass das Einkommen aus beweglichem Kapitalvermögen besteuert wird (insb. Dividenden und Zinserträge). Die Einnahmen entstehen aus der Differenz zwischen Eingängen und Rückerstattungen (inkl. Rückstellung für noch erwartete Rückerstattungen) und können von Jahr zu Jahr stark schwanken.

Mineralölsteuer: *4 276 Mio.*

Der Anteil der unter anderem auf Erdöl und Treibstoff erhobene Verbrauchssteuer beträgt 2025 5,0 Prozent an den Einnahmen. Insgesamt sind rund drei Viertel der Einnahmen zweckgebunden für den Strassen- und Luftverkehr (60 % der Grundsteuer und der gesamte Zuschlag). Seit 2008 gehen die Einnahmen tendenziell zurück. Das liegt daran, dass zum einen die Motoren immer effizienter werden und zum anderen die Zahl der Elektrofahrzeuge zunimmt.

Stempelabgaben: *2 480 Mio.*

Die Stempelabgaben belaufen sich auf 2,9 Prozent der Einnahmen. Die Umsatzabgabe, welche über die Hälfte der Stempelabgaben ausmacht, wird auf Käufen und Verkäufen von in- und ausländischen Wertpapieren erhoben. Der Ertrag aus der Umsatzabgabe hängt hauptsächlich vom Volumen des steuerpflichtigen Wertpapierumsatzes der inländischen Effektenhändler ab. Die Emissionsabgabe auf der Schaffung von Eigenkapital schwankt stark, da sie vom Eigenkapitalbedarf der Unternehmen abhängt. Drittes Element ist der Prämienquittungsstempel, welcher auf bestimmten Versicherungsprämien erhoben wird und eine relativ stabile Entwicklung aufweist.

Tabaksteuer**:** *1 980 Mio.*

Der Anteil der Tabaksteuer an den Einnahmen beläuft sich auf 2,3 Prozent. Besteuert werden die im Inland hergestellten und die eingeführten Tabakfabrikate und Ersatzprodukte. Die Erträge werden verwendet, um den Bundesbeitrag an die AHV mitzufinanzieren. Die Einnahmen gehen seit 2012 jedes Jahr um etwa 2 Prozent zurück.

Übrige Fiskaleinnahmen: *6 807 Mio.*

Die übrigen Fiskaleinnahmen setzen sich hauptsächlich zusammen aus den Verkehrsabgaben (z.B. Schwerverkehrsabgabe oder Nationalstrassenabgabe), den Lenkungsabgaben (z.B.CO_2-Abgabe), dem Netzzuschlag und den Einfuhrzöllen. Sie machen 7,9 Prozent der Gesamteinnahmen aus. Seit 2024 werden die Einfuhrzölle auf Industrieprodukten aufgehoben und es bleiben noch die Zölle auf landwirtschaftlichen Produkten.

Nichtfiskalische Einnahmen: *4 509 Mio.*

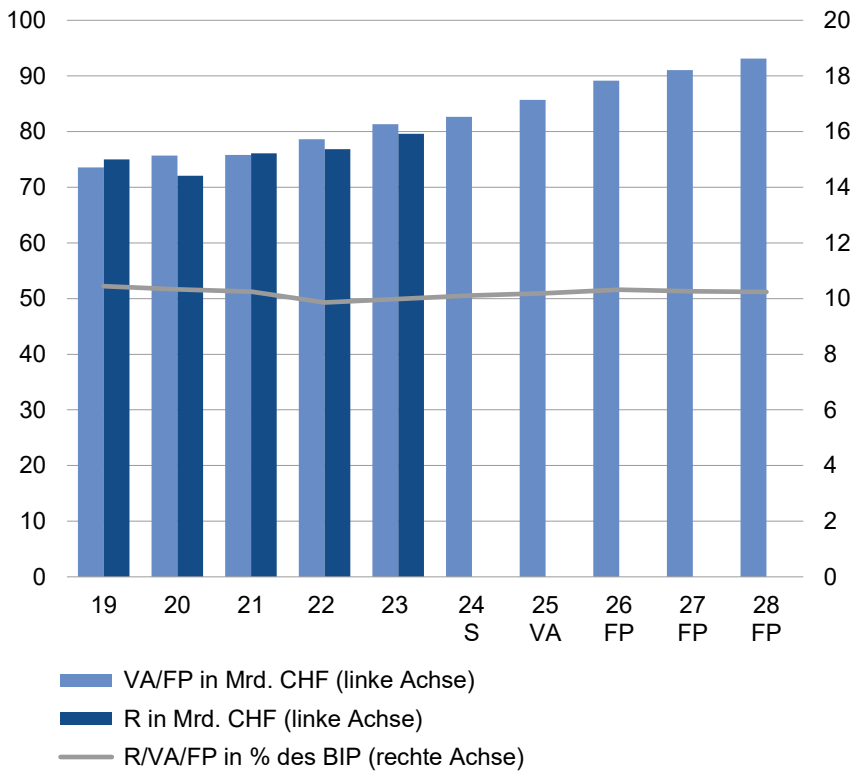
Der Anteil der nichtfiskalischen Einnahmen liegt bei 5,3 Prozent. Sie beinhalten unter anderem die Einnahmen aus Regalien und Konzessionen, wie beispielsweise die Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank (SNB) an den Bund. Seit 2024 wird nur der Grundbetrag veranschlagt (667 Mio.). Zu den nichtfiskalischen Einnahmen zählen auch Entgelte (z.B. Wehrpflichtersatzabgabe), Kantonsbeiträge (z.B. Kantonsbeiträge am Bahninfrastrukturfonds), verschiedene Einnahmen (z.B. Liegenschaftseinnahmen) und Finanzeinnahmen (z.B. Zinseinnahmen).

Investitionseinnahmen: *985 Mio.*

Die Investitionseinnahmen machen 1,1 Prozent der Einnahmen aus. Im Jahr 2025 stammen sie 80 Prozent aus Dividendenausschüttungen der Bundesbeteiligungen (u.a. Swisscom, Post, RUAG). Weitere Investitionseinnahmen werden aus der Rückzahlung von Darlehen und aus dem Verkauf von Sachanlagen erzielt.

Entwicklung der Einnahmen 2025

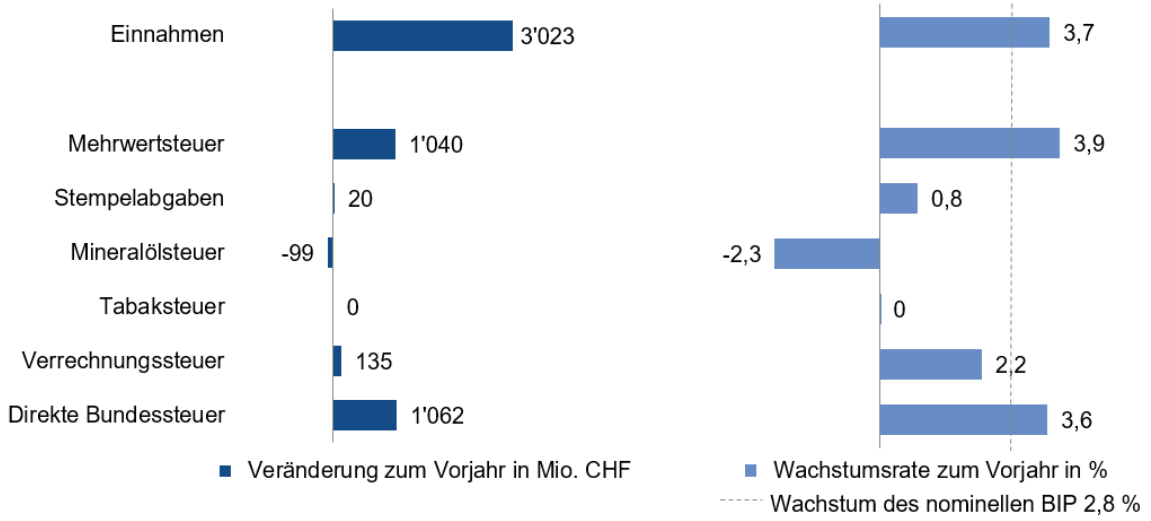
in Mrd. CHF und % des BIP



Die Einnahmen verzeichnen im Jahr 2025 gegenüber der Juni-Schätzung 2024 einen Zuwachs von 3,8 Prozent. Das Einnahmenwachstum fällt damit höher aus als das Wachstum des nominalen Bruttoinlandprodukts (+2,8 %). Die Einnahmenquote steigt deshalb von 10,1 auf 10,2 Prozent des BIP.

Entwicklung ausgewählter Einnahmen 2025

in Mio. CHF und %



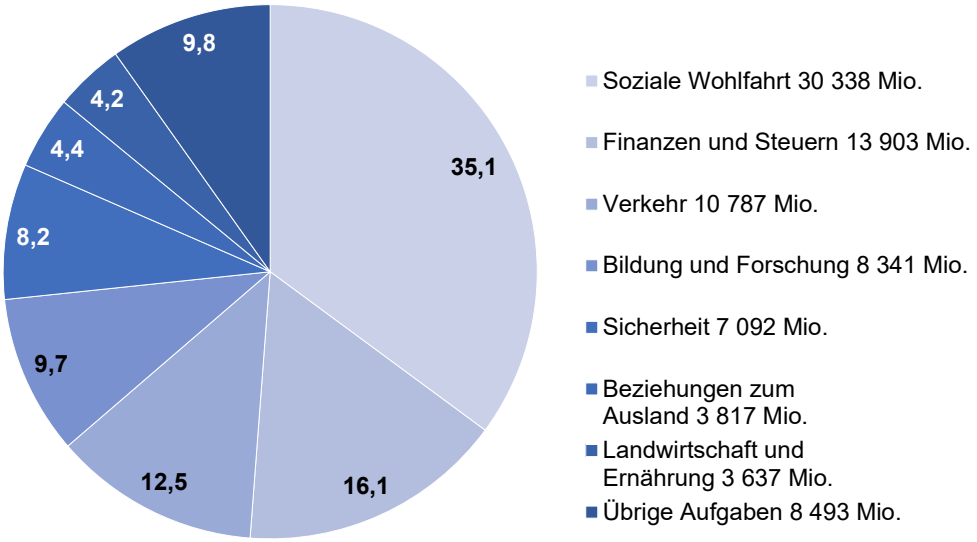
Im Jahr 2025 werden Einnahmen von 85,7 Milliarden erwartet. Im Vergleich zum Vorjahresbudget ist dies ein Wachstum von 3,2 Prozent. Die aktuelle Schätzung für 2024 ist etwas tiefer als im Voranschlag 2024 (-0,4 Mrd.). Dies ist hauptsächlich auf den Wegfall der budgetierten Gewinnausschüttung der Schweizerischen Nationalbank zurückzuführen (VA 2024: 0,7 Mrd.).

Im Vergleich zur Schätzung wachsen die Einnahmen im Jahr 2025 um 3,7 Prozent (+3,0 Mrd.). Dieses Wachstum ist im Wesentlichen zurückzuführen auf die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer (je +1,0 Mrd.) sowie auf die Gewinnausschüttung der SNB (+0,7 Mrd.), die erneut budgetiert wird.

Bei der direkten Bundessteuer wächst die Einkommenssteuer kräftig (+0,6 Mrd.) aufgrund wachsenden Haushaltseinkommen im Steuerjahr 2024 und aufgrund des progressiven Steuertarifs. Die Schätzung der Gewinnsteuer wurde für 2024 aufgrund der Einnahmen der ersten Monate des Jahres deutlich nach oben korrigiert. Gegenüber der Schätzung wird für 2025 ein Wachstum im Gleichschritt mit dem nominalen Wirtschaftswachstum erwartet (+2,8 % bzw. +0,4 Mrd.). Für die Mehrwertsteuer wurde die Schätzung für 2024 aufgrund des geringeren nominalen Wirtschaftswachstums nach unten korrigiert. Gegenüber der Schätzung wird 2025 eine Zunahme von 3,9 Prozent erwartet (+ 1 Mrd.), die über dem nominalen Wirtschaftswachstum liegt +2,8 %). Der Grund dafür liegt in der Mehrwertsteuererhöhung zugunsten der AHV im Jahr 2024. Ein Teil der Mehreinnahmen wird wegen der zeitlichen Verzögerung durch die Steuererhebung erst im Jahr 2025 realisiert (+0,3 Mrd.).

Ausgaben nach Aufgabengebieten 2025

Anteile in Prozent



Soziale Wohlfahrt: *30 338 Mio.*

Das grösste Aufgabengebiet des Bundes ist die Soziale Wohlfahrt mit gut einem Drittel der Ausgaben (35,1 %). Diese Ausgaben sind rechtlich gebunden und damit mittelfristig kaum steuerbar. Die Hälfte der Ausgaben fliesst in die Altersversicherung (AHV). Dazu kommen die Bundesbeiträge an die Invalidenversicherung (IV), für die individuelle Prämienverbilligung, für die Ergänzungsleistungen an die AHV und die IV sowie die Ausgaben für die Migration. Das Ausgabenwachstum ist namentlich abhängig von der Entwicklung der Demografie, der Teuerung und der Löhne. Wegen der Alterung der Gesellschaft wachsen diese Ausgaben stark.

Finanzen und Steuern: *13 903 Mio.*

Der Anteil der Finanzen und Steuern an den Ausgaben beträgt 16,1 Prozent. Das Ausgabenwachstum in diesem Bereich ist nur auf lange Frist beeinflussbar. Die Anteile an den Bundeseinnahmen beispielsweise sind in der Verfassung geregelt und hängen direkt von der Höhe der Einnahmen ab. Die Zinsausgaben ergeben sich aus der Verschuldung und der Entwicklung der Zinssätze. Schliesslich sind auch die Ausgaben für den nationalen Finanzausgleich im Gesetz geregelt. Damit soll sichergestellt werden, dass jeder Kanton genügend finanzielle Mittel hat, um seine Aufgaben wahrzunehmen.

Verkehr: *10 787 Mio.*

Der Anteil des Verkehrs an den Ausgaben beläuft sich auf 12,5 Prozent. Die Verkehrsausgaben beinhalten die Ausgaben für den Schienenverkehr und öffentlichen Verkehr (67 %), für den Strassenverkehr (31 %) und für die Luftfahrt (2 %). Die Verkehrsausgaben werden vor allem über zweckgebundene Steuereinnahmen finanziert und sind deshalb zum grössten Teil gebunden. Sie fliessen vor allem in den Bahninfrastrukturfonds (BIF) sowie den Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrsfonds (NAF). Über die beiden Verkehrsfonds werden Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur finanziert.

Bildung und Forschung: *8 341 Mio.*

Der Anteil des Aufgabengebiets Bildung und Forschung an den Ausgaben beträgt 9,7 Prozent. Etwa 84 Prozent dieser Ausgaben werden über die mit der BFI-Botschaft 2025–2028 vom 8.3.2024 beantragten Verpflichtungskredite und Zahlungsrahmen gesteuert. Aufgrund der hohen strukturellen Defizite im Bundeshaushalt hat der Bundesrat davon abgesehen, die vom Nationalrat als Erstrat am 29.5.2024 beschlossenen Aufstockungen der BFI-Kredite von insgesamt 152,2 Millionen im Voranschlag 2025 und dem Finanzplan 2026–2028 aufzunehmen. Die Schweiz ist gegenwärtig nicht an die EU-Forschungsprogramme assoziiert. Seit März 2024 wird offiziell über eine Assoziierung an das Horizon-Paket verhandelt. Sollte eine solche im Jahr 2025 möglich sein, wird der Bundesrat dem Parlament einen entsprechenden Nachtragskredit unterbreiten.

Sicherheit: *7 092 Mio.*

Die Sicherheit macht 8,2 Prozent der Ausgaben aus. Über 80 Prozent der Ausgaben entfallen auf die militärische Landesverteidigung, die 2025 um 186 Millionen (+3,3 %) ansteigen, hauptsächlich aufgrund höherer Rüstungsausgaben. Bis Ende des Finanzplans wachsten die Ausgaben für das Aufgabengebiet Sicherheit im Schnitt um 4,5 Prozent; mit dieser Ausgabenentwicklung können die Armeeausgaben bis 2035 auf ein Niveau von 1 Prozent des BIP angehoben werden. Der Ständerat als Erstrat hat im Rahmen seiner Beratung zur Armeebotschaft 2024 eine Erhöhung des Zahlungsrahmens der Armee 2025–2028 um 4 Milliarden beschlossen. Diese Erhöhung sowie die Kompensation der Mehrausgaben sind im Voranschlag 2025 und Finanzplan 2026–2028 nicht abgebildet.

Landwirtschaft und Ernährung: *3 637 Mio.*

Rund 4,2 Prozent der Ausgaben sind für Landwirtschaft und Ernährung budgetiert. Das Aufgabengebiet Landwirtschaft und Ernährung wird über drei Zahlungsrahmen gesteuert: Produktionsgrundlagen, Produktion und Absatz sowie Direktzahlungen. Gut drei Viertel der Ausgaben dieses Aufgabengebiets entfallen auf die Direktzahlungen (2,8 Mrd.), welche im Jahr 2025 um 1,5 Prozent zurückgehen. Der Bundesrat hat am 19.6.2024 die Botschaft für die neue Zahlungsrahmenperiode 2026–2029 verabschiedet. Gegenüber der Vorperiode wurden die Ausgaben leicht reduziert, was hauptsächlich auf die Umsetzung der Sparvorgabe von 1,4 Prozent bei den schwach gebundenen Ausgaben zurückzuführen ist. In den Finanzplanjahren ist unter anderem eine Mittelverschiebung von den Direktzahlungen zu den Strukturverbesserungen vorgesehen.

Beziehungen zum Ausland: *3 817 Mio.*

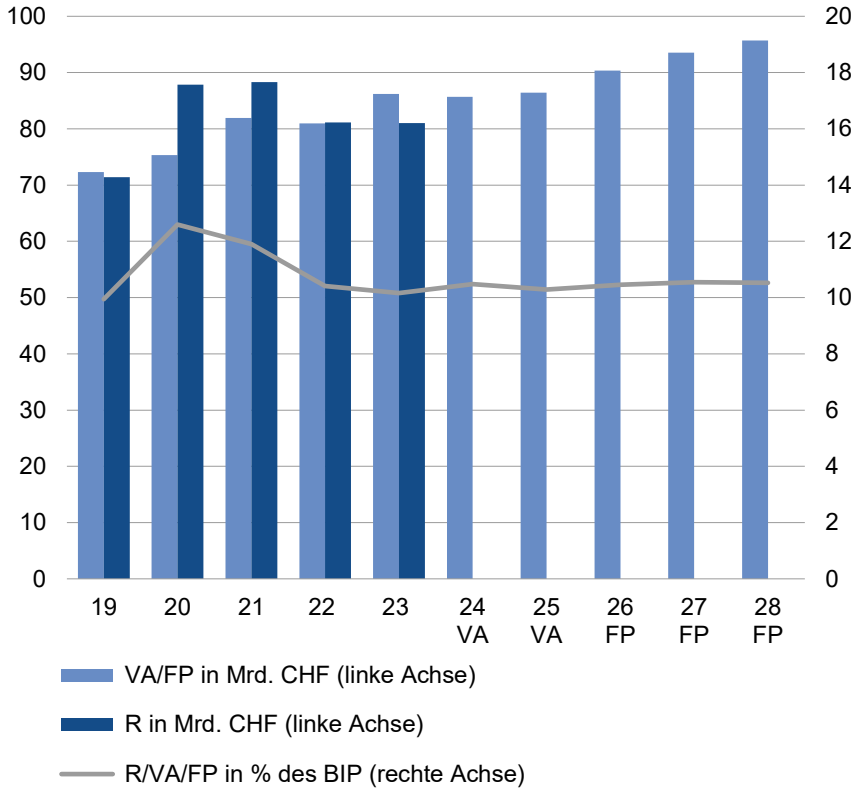
Die Ausgaben für die Beziehungen zum Ausland belaufen sich auf 4,4 Prozent der budgetierten Mittel. Drei Viertel der Ausgaben werden für die Entwicklungszusammenarbeit aufgewendet. Der Rest entfällt zum Hauptteil auf die politischen Beziehungen, also unter anderem auf die diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Schweiz sowie auf Ausgaben zugunsten von internationalen Organisationen. Der Bundesrat legt alle vier Jahre die strategische Ausrichtung der internationalen Zusammenarbeit (IZA) fest, mit der die Schweiz zur Linderung von Not und Armut in der Welt beiträgt. Der Bundesrat hat die Botschaft zur IZA-Strategie 2025–2028 am 22.5.2024 verabschiedet. Im Voranschlag 2025 sind wiederum namhafte Beiträge für die Unterstützung der Ukraine vorgesehen.

Übrige Aufgabengebiete: *8 493 Mio.*

Die übrigen fünf Aufgabengebiete (Institutionelle und finanzielle Voraussetzungen, Kultur und Freizeit, Gesundheit, Umweltschutz und Raumordnung, Wirtschaft) machen 9,8 Prozent der Ausgaben aus.

Entwicklung der Ausgaben 2025

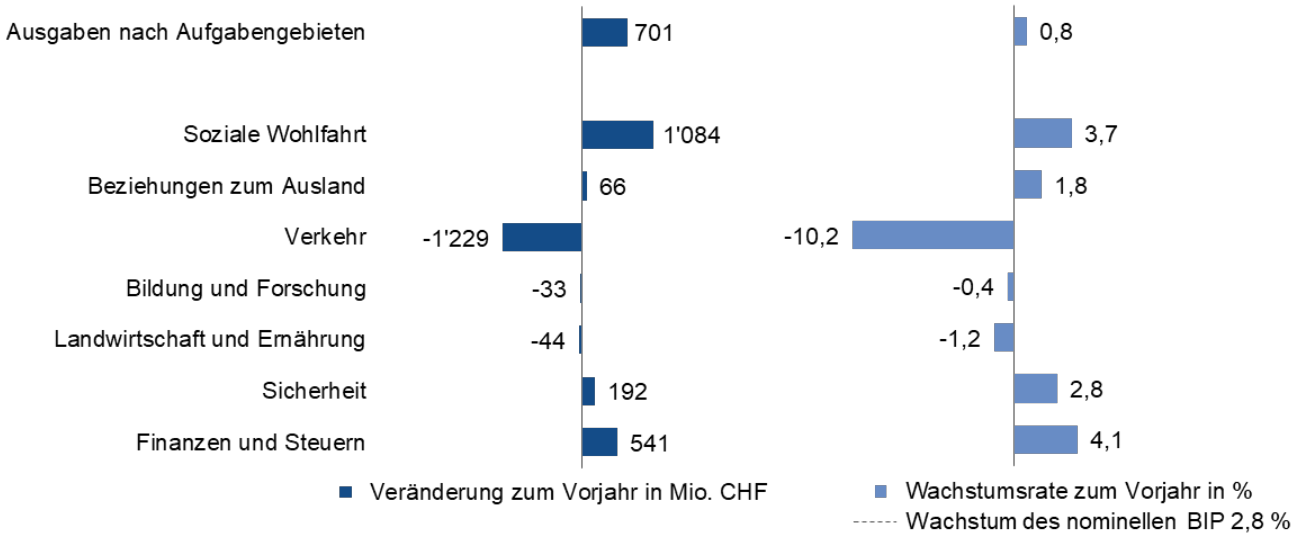
in Mrd. CHF und % des BIP



Die Ausgaben wachsen im Jahr 2025 um 0,8 Prozent. Da das nominale Bruttoinlandprodukt um 2,8 Prozent wächst, sinkt die Ausgabenquote des Bundes von 10,5 auf 10,3 Prozent des BIP. Die Ausgabenquote ist ein grober Indikator für das Ausmass der Tätigkeiten des Bundes im Verhältnis zur Gesamtwirtschaft.

Entwicklung ausgewählter Ausgaben nach Aufgabengebieten 2025

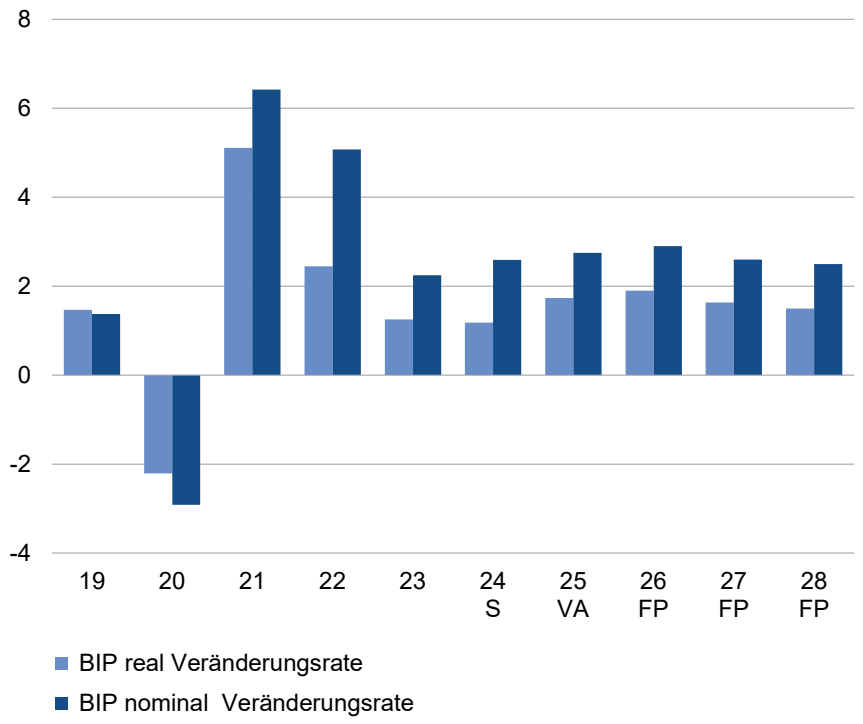
in Mrd. CHF und %



Die Ausgaben belaufen sich im Voranschlag 2025 auf 86,4 Milliarden. Gegenüber dem Voranschlag 2024 steigen die Ausgaben um 0,8 Prozent (0,7 Mrd.). Darin enthalten sind Ausgaben von 0,7 Milliarden für die Schutzsuchenden aus der Ukraine, die als ausserordentlicher Zahlungsbedarf beantragt werden. Unter Ausklammerung der ausserordentlichen Ausgaben wächst der Haushalt mit 2,8 Prozent (2,4 Mrd.), im Gleichschritt mit dem nominalen Wirtschaftswachstum (2,8 %). Wachstumsschwerpunkt im Jahr 2025 ist insbesondere das Aufgabengebiet soziale Wohlfahrt (+1,1 Mrd.). Die Aufgabengebiete Verkehr, Bildung und Forschung sowie Landwirtschaft verzeichnen im Voranschlagsjahr einen Rückgang. Die Ausgaben für das Aufgabengebiet Sicherheit wachsen bis Ende der Finanzplanung im Schnitt mit 4,5 Prozent; mit dieser Ausgabenentwicklung können die Armeeausgaben bis 2035 auf ein Niveau von 1 Prozent des BIP angehoben werden.

Entwicklung der Wirtschaftsleistung

Veränderungsraten BIP real und nominal *(in %, kalender- und sportevent-bereinigt)*



Quellen:

2019–2023:	Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO)
2024–2025:	Schätzung Expertengruppe Konjunkturprognosen vom 17.6.2024
2026–2028:	Prognosen gemäss Botschaft zum Voranschlag 2025 mit IAFP 2026-2028 vom 21.8.2024

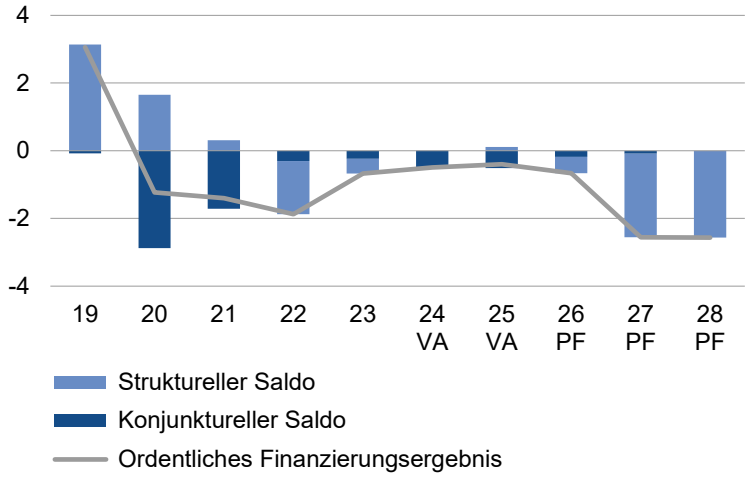
Im Jahr 2024 wird noch ein unterdurchschnittliches reales, sportevent-bereinigtes Wirtschaftswachstum von 1,2 Prozent erwartet. Insbesondere der private Konsum stützt das Wachstum; dazu tragen der Beschäftigungsanstieg sowie die sinkende Inflation bei. Hingegen wird weniger investiert, weil die industriellen Produktionskapazitäten nicht ausgelastet und die Finanzierungskosten weiterhin hoch sind. Für 2025 wird erwartet, dass sich die Weltwirtschaft von der Schwächephase 2023/2024 erholt. Diese Entwicklung wirkt sich positiv auf die Schweizer Exporte und die Investitionen aus, so dass die Wirtschaftsleistung im Jahr 2025 um 1,7 Prozent zulegen dürfte. Für das nominelle Bruttoinlandprodukt ergibt sich ein Wachstum von 2,6 Prozent (2024) und 2,8 Prozent (2025).

Die Teuerung dürfte in den Jahren 2024 und 2025 weiter sinken. Aktuell ist der Inflationsdruck mehrheitlich auf die inländischen Dienstleistungen zurückzuführen, während die Energieträger nur noch gering zur Inflation beitragen. Für die Jahre 2024 und 2025 wird für die Schweiz von einer Inflation von 1,4 und 1,1 Prozent ausgegangen. Aufgrund der sinkenden Teuerung und der wirtschaftlichen Erholung dürfte sich die Zinsstruktur bis 2025 normalisieren und die kurzfristigen Zinsen wieder unter den langfristigen Zinssätzen liegen. Die Kurzfristzinsen dürften sinken (2024: 1,4 %; 2025: 1,1 %) und die Zinssätze für zehnjährige Bundesobligationen steigen (2024: 0,9 %; 2025: 1,2 %).

Zurzeit halten sich die konjunkturellen Abwärtsrisiken und Aufwärtspotentiale die Waage. Geopolitische Risiken bestehen weiterhin in den bewaffneten Konflikten des Nahen Osten und in der Ukraine. Damit einhergehen könnten starke Anstiege von Rohstoffpreisen oder Transportkosten mit entsprechender Rückwirkung auf die Inflation. Zudem bestehen Risiken im Zusammenhang mit der globalen Verschuldung, Korrekturen an den Immobilien- und Finanzmärkten sowie der internationalen Entwicklung der Konjunktur. Umgekehrt besteht die Möglichkeit, dass sich das Wachstum zügiger normalisiert, falls sich die Inflation international schneller zurückbildet und sich die geopolitische Lage entspannt. Dies würde die Kaufkraft der Haushalte erhöhen und eine Lockerung der Geldpolitik ermöglichen, was sich positiv auf die Nachfrage auswirkt.

Der Bundeshaushalt aus Sicht der Schuldenbremse

In Mrd. CHF



Im Jahr 2025 dürfte die Schweizer Wirtschaft noch nicht voll ausgelastet sein. Der Konjunkturfaktor, der ein Mass für die Auslastung der Wirtschaft ist, beträgt 1,006 und zeigt damit eine Unterauslastung der Wirtschaft um 0,6 Prozent an. Die Schuldenbremse lässt deshalb im ordentlichen Haushalt ein konjunkturbedingtes Finanzierungsdefizit von 512 Millionen zu (Ausgabenplafond > ordentliche Einnahmen). Dieses wird im Voranschlag 2025 mehrheitlich in Anspruch genommen; es bleibt ein Handlungsspielraum von 115 Millionen (budgetierte Ausgaben < Ausgabenplafond). Die Schuldenbremse wird somit im Budget 2025 eingehalten.

In den Finanzplanjahren 2026–2028 steigen die ordentlichen Ausgaben stärker als der Ausgabenplafond. Daraus resultieren strukturelle Finanzierungsdefizite. Die Schuldenbremse wird deshalb aus heutiger Sicht ab 2026 nicht mehr eingehalten. Der Bereinigungsbedarf steigt 2027 stark an und erreicht bis 2028 2,6 Milliarden.

Die Schuldenbremse erlaubt in Ausnahmefällen wie beispielsweise der Corona-Pandemie oder bei der sehr hohen Anzahl von Schutzsuchenden aus der Ukraine temporär zusätzliche Ausgaben, die nicht unter die Beschränkung für ordentliche Ausgaben fallen. Im Voranschlag 2025 wird bereits das sechste Jahr in Folge ausserordentlicher Zahlungsbedarf beantragt, davon das vierte Mal zur Finanzierung der Ausgaben für die Schutzsuchenden aus der Ukraine. Der Bundesrat hat deshalb einen Ausstiegspfad aus der ausserordentlichen Finanzierung des Schutzstatus S beschlossen. 2025 und 2026 werden nur noch ein Teil dieser Ausgaben ausserordentlich verbucht. Ab 2027 sollten gemäss aktuellen Schätzungen keine Ausgaben mehr ausserordentlich beantragt werden.

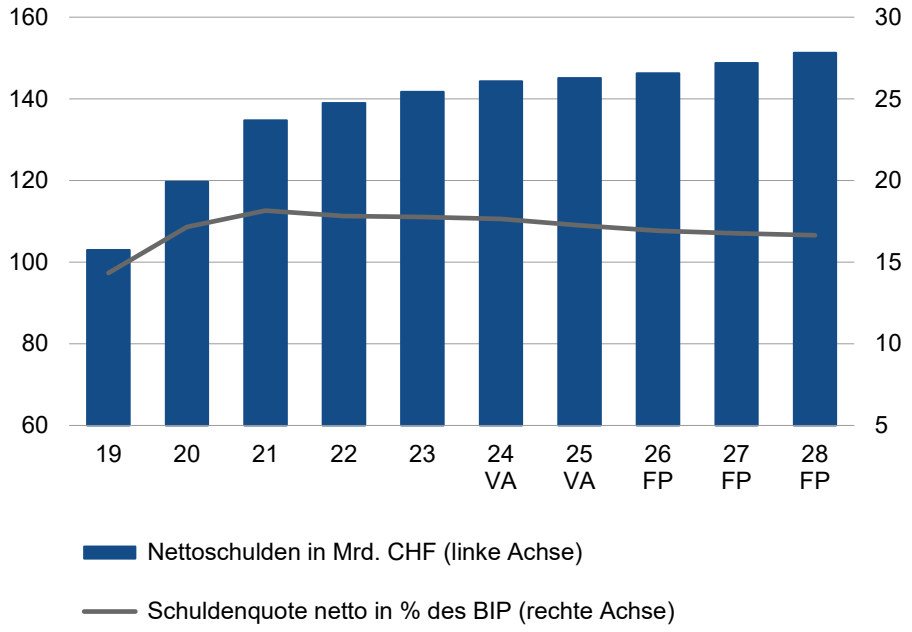
AUSGLEICHS- UND AMORTISATIONSKONTO

Die Kontrollstatistiken der Schuldenbremse werden anhand der effektiven Ergebnisse im Rechnungsabschluss nachgeführt. Resultiert im ordentlichen Haushalt ein struktureller Finanzierungsüberschuss, wird dieser aktuell dem Amortisationskonto gutgeschrieben (FHG-Revision zum Abbau der coronabedingten Verschuldung; in Kraft seit 1.2.2023). Ein strukturelles Finanzierungsdefizit wird dem Ausgleichskonto belastet.

Der Fehlbetrag des Amortisationskontos dürfte aufgrund der ausserordentlichen Ausgaben in den Jahren 2024-2026 weiter zunehmen. Die ausserordentlichen Einnahmen und die möglichen strukturellen Überschüsse aus dem ordentlichen Haushalt (im langjährigen Durchschnitt rund 1 Mrd.) bremsen jedoch den Anstieg.

Entwicklung der Nettoschulden

In Mrd. CHF und % BIP



Die Nettoschulden dürften im Jahr 2025 aufgrund des erwarteten Finanzierungsdefizits um 0,7 Milliarden auf 145,1 Milliarden zunehmen. Die Nettoverschuldung wird auch durch Transaktionen direkt im Eigenkapital beeinflusst. Diese werden jedoch nicht budgetiert.

Die Nettoschuldenquote dürfte im Jahr 2025 auf 17,3 Prozent sinken (VA2024: 17,6 %), weil das Wachstum der Nettoschulden (+0,5 %) kleiner ausfällt als dasjenige des nominellen Bruttoinlandprodukts (2,8 %).

DEFINITION DER «NETTOSCHULDEN»

Die Definition der Nettoschulden ist breiter gefasst als die Bruttoschulden gemäss Maastricht-Definition. Auf der Passivseite ist das gesamte Fremdkapital berücksichtigt (inkl. Rückstellungen und übriges Fremdkapital). Die Nettoschulden, bestehend aus Fremdkapital abzüglich Finanzvermögen, ermöglichen eine direkte Herleitung der Neuverschuldung über den Finanzierungssaldo.